

Jürgen P. Lang

Sahra Wagenknecht

Links oder rechts? Populistisch oder ideologisch?
Demokratisch oder extremistisch?

Vortrag | Konrad-Adenauer-Stiftung | Bremen | 1. März 2017
<http://www.txt.extremismus.com/wagenknecht.pdf>

Die populistische Versuchung

Kurz vor Weihnachten 2016 fragte Sahra Wagenknecht die Empfänger ihres [Newsletters](#): „Wie kommt es, dass ihr mir so oft schreibt, dass ihr mich ja gerne unterstützen würdet, aber DIE LINKE für die falsche Partei haltet?“ Die naive Ahnungslosigkeit war natürlich gespielt. Sahra Wagenknecht ist jemand, der sehr genau weiß, was er will. Ihre Umfrage hatte einen Anlass. Wagenknecht hatte Kanzlerin Merkel wider besseren Wissens vorgeworfen, eine persönliche „Mitverantwortung“ für den Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz zu tragen – Stichwort offene Grenzen – und sich sich prompt Applaus der AfD eingefangen. Das nicht zum ersten Mal.

Aber zum ersten Mal kam aus den eigenen Reihen *offiziell* Kritik: Parteichef Riexinger rang sich eine windelweiche [Erklärung](#) ab: „Wir werden innerparteilich ganz klar kommunizieren, dass sich auch die Spitzenkandidaten an die Programmatik und die Kernaussagen, die die Linke betreffen, zu halten haben.“ Das war zwar eine deutliche Rüge, aber wie eine grundsätzliche Kritik hörte es sich nicht an – da hat Sahra Wagenknecht zu PDS-Zeiten ganz andere Sachen vorgeworfen bekommen, wenn auch aus völlig anderem Anlass. Hinzu kommt: Dass programmatische Positionen missachtet werden, gehört sozusagen zum Geschäft. Die Linke an den rot-rot-grünen Regierungen macht das aus Koalitionsrason regelmäßig. 2001 etwa,

als sie in Berlin den ersten Koalitionsvertrag mit der SPD unterschrieb, brach die damalige PDS mit einem Bekenntnis zur NATO und der Verurteilung des Mauerbaus Tabus.

Die – eher verhaltene und nicht ganz ehrliche – Reaktion der Parteiführung auf Wagenknechts Entgleisungen ist eine Sache. Weitaus erstaunlicher ist: Ausgerechnet der starke linksextreme Flügel in Fraktion und Partei, dem Wagenknecht ja zugerechnet wird, schwieg zu den Entgleisungen nach rechts, vereinzelt kam sogar Zuspruch. Ausnahme war ein [Beitrag von Sascha Stanicic](#) – das ist einer der Trotzlisten, der im Zuge der Vereinigung von PDS und WASG zur Linken kam. Auch er machte deutlich, was die Parteilinie zu sein scheint: Die als rechts inkriminierten Äußerungen Wagenknechts werden als Abweichung von der Parteilinie verteufelt, Wagenknecht selbst aber wird von Angriffen von außen verteidigt. An der Person der Fraktionschefin und Spitzenkandidatin will in der Partei kein Flügel rütteln. Stanicic sagt in seiner orthodox-kommunistischen Sichtweise allerdings etwas, was in der Partei offenbar niemand offen aussprechen will: Wagenknecht „entwickelt sich von einer, zumindest in Worten, sozialistisch-internationalistischen Position zu einem nationalstaats-basierten Linkspopulismus.“ Das ist eine Äußerung, die es verdient, dass man weiter darüber nachdenkt.

In Januar hat Wagenknecht in einem [Stern-Interview](#) dann wieder moderate Töne angeschlagen: Der von ihr geschätzte Putin etwa kommt schlechter weg als üblich. Und Wagenknecht war sichtlich um Abgrenzung nach rechts beziehungsweise zur AfD bemüht und darum, ihre sich selbst dezidiert *links* zu positionieren. „Wer trägt die Kosten?“, fragt sie etwa mit Blick auf die Flüchtlinge. „Werden sie auf Mittel- und Geringverdiener abgewälzt, führt das zu großer Abwehr, die sich dann von rechts instrumentalisieren lässt.“ Wagenknecht wollte ihren früheren Äußerungen offenkundig die Spitze nehmen und Ruhe in die innerparteiliche Diskussion bringen. Nur ein Indiz dafür, dass intern der Unmut über Wagenknecht größer war als es nach außen drang. Das wiederum hat sicherlich auch damit zu tun, dass Wagenknecht sich ziemlich selbstherrlich zur Spitzenkandidatin ausgerufen hatte.

Man fragt sich nur, warum hat es in der Partei – abgesehen vom verbalen Aufschrei einiger „Reformer“ – keine Konsequenzen gegeben, als Wagenknecht ihre Agenda

noch ungefiltert präsentierte: Schon im Dezember 2015 stellte Wagenknecht entgegen der Parteilinie fest, Kontingente für Flüchtlinge seien eine „Verbesserung“. [Im Januar 2016](#) sagt sie zu den Silvesterübergriffen von Köln: „Wer Gastrecht missbraucht, der hat Gastrecht dann eben auch verwirkt“. Den Begriff Asylrecht wollte sie nicht in den Mund nehmen – in dem *Stern*-Interview bekannte sie sich wieder dazu. Im Juni 2016 setzt sie die Terroranschläge von Ansbach und Würzburg wider besseres Wissen in direkten Bezug zu der – wie sie sagte – [„großen Zahl von Flüchtlingen und Zuwanderern“](#). In einem Interview mit dem *Neuen Deutschland* Ende Januar 2017 forderte sie, dem Nationalismus und der Plutokratie Donald Trumps etwas entgegenzusetzen. Noch im November 2016 hatte sie Donald Trump mehr wirtschaftspolitische Kompetenz als der Bundesregierung attestiert – gerade mit Blick auf den ökonomischen Nationalismus des heutigen US-Präsidenten.

Im September 2016 schließlich schrieb sie auf Ihrer Webseite: „Wir lassen uns nicht länger für dumm verkaufen von Mainstream-Medien und führenden Politikern.“ [Der Satz ist mittlerweile gelöscht](#). Wagenknecht hat wohl gemerkt, dass sie in diesem Punkt die übliche verbale Vorsicht hat fallen lassen. Gleichwohl: Die Aussage lässt tief blicken. [Spiegel Online](#) hat zu Recht geschlussfolgert: „Wenn sie sich gegen den ‚Mainstream‘ wendet, bedient sie indirekt Klischees, die AfD-Leute seit Monaten ins Land posaunen: Die Eliten stecken alle unter einer Decke, die Demokratie funktioniert nicht.“ Die Anti-System-Attitüde, die Wagenknecht stets begleitet hat, kommt hier erneut zum Ausdruck. Das zeigt uns, wir müssen Wagenknechts Äußerungen immer unter zwei Vorbehalten lesen.

- *Erstens*: Sie ist sehr darauf bedacht, nicht in die rechte Ecke gestellt zu werden.
- *Zweitens*: Sie möchte die innerparteiliche Debatte über ihre Äußerungen nicht weiter anheizen. Wenn man dies berücksichtigt, sind ihre Positionen fundamentaler als es auf den ersten Blick scheint.

Die zentrale Frage lautet: Was genau will Sahra Wagenknecht? Will sie eine Populisten-Front mit der AfD schmieden – oder will sie die AfD mit ihren eigenen Waffen schlagen, indem sie deren Strategie kopiert? Sie selbst sagt ja, es ginge ihre nur darum, der AfD die Wähler abspenstig zu machen. Auf der Suche nach einer Antwort stellen sich weitere Fragen: *Erstens*: Wer ist Sahra Wagenknecht? Hat sie sich politisch gewandelt? *Zweitens*: Warum eigentlich ist sie in der Partei so wenig

angefochten? *Drittens*: Ist Sahra Wagenknecht überhaupt noch links? *Viertens*: Ist das Wagenknechts Kurs vielleicht sogar strategisch klug?

Wer ist Sahra Wagenknecht?

Anfang der 1990er, als die PDS noch frisch war, firmierte sie in der Presse – gruselig-widerspenstig – als die „schöne Stalinistin“. Damals hatte sie als Vertreterin der Kommunistischen Plattform [folgenden Satz](#) von sich gegeben, der auch vom Politbüro der untergegangenen SED hätte stammen können: „Nicht der ‚Stalinismus‘ – der Opportunismus erweist sich als tödlich für die [...] sozialistische Gesellschaftsordnung; nicht die marxistisch-leninistische Traditionslinie scheiterte, sondern [...] die der reformistischen Sozialdemokratie.“ Jahrzehntelang warnte sie vor einer Anpassung der Partei an das demokratische System und plädierte für Fundamentalopposition – sie schuf sich damit viele Feinde in der PDS, aber auch Freunde. Allerdings dominierten die Feinde, nämlich die Reformkräfte, bis zur Fusion zur Linken 2007 mit nur einem kurzen Intermezzo die Partei. Die Reformer strebten den demokratischen Ritterschlag der PDS an. Deshalb versuchte man, die kommunistischen Positionen Wagenknechts als Außenseitermeinung darzustellen. Eine grundsätzliche Abkehr vom Kommunismus propagierte in der PDS wie später auch in der Linken freilich niemand.

Und das gilt immer noch für Sahra Wagenknecht, obwohl sie – von einer Talkshow zur nächsten gereicht – selbst immer mehr auf Außenwirkung bedacht ist und ideologische Mäßigung an den Tag legt. In dem *Stern*-Interview würdigt sie bürgerliche Werte und die liberale Demokratie. Einen Grund die DDR zu verteidigen, sieht sie schon lange nicht mehr. In den 1990ern habe sie das aus Trotz getan, sagt sie heute. 2013 fragte sie ein Journalist, ob sie noch Kommunistin sei – und Wagenknecht gab darauf die [bezeichnende Antwort](#): „Leider wird Kommunismus heute meist mit dem Gesellschaftsmodell der Sowjetunion oder der DDR identifiziert und nicht mit der Tradition Rosa Luxemburgs, der Gründerin der Kommunistischen

Partei in Deutschland.“ Das ist keine Außenseitermeinung mehr, sondern
Mainstream in der Linken.

Die Berufung auf Luxemburg hat immer zwei Facetten. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, die das berühmte Zitat „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“ isolieren und fälschlich für einen Ausweis wahrhaft demokratischer Gesinnung halten, aber nie etwas von Luxemburg gelesen haben. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die sehr wohl etwas von Luxemburg gelesen haben – das dürfen wir auch Sahra Wagenknecht unterstellen – und die KPD-Gründerin als das ansehen, was sie tatsächlich war: eine Revolutionärin nämlich, die vor Gewalt nicht zurückschreckte und die bürgerliche Demokratie mit einem Hammerschlag zertrümmern wollte. [Wer sich auf Luxemburg beruft, macht sich als Anhänger von Freiheit und Demokratie nachgerade unglaublich.](#)

Sahra Wagenknecht hat in den letzten Jahren viele kluge Bücher geschrieben, deren ökonomischer Sachverstand sogar die Rezensenten der FAZ beeindruckte. Sie bricht darin eine Lanze für den Sozialstaat und die Marktwirtschaft. Ihr großes Vorbild freilich ist China, dessen Wirtschaftssystem trotz staatlicher Großbetriebe florieren und nicht in planwirtschaftlicher Stagnation abgleite. Die politischen Zustände in China freilich waren Wagenknecht nicht der Rede wert. Eine Verteidigerin von Demokratie und Freiheit tritt anders auf. Dazu passt, dass Wagenknecht sich in der fusionierten Linken an die Spitze derjenigen Kräfte stellte, die alle pragmatischen Tendenzen in der Partei bekämpften und die Bindung an ein traditions kommunistisches Milieu suchten.

Es ist wohl nicht zu viel hineininterpretiert, wenn man sagt, dass ihr späterer Mann Oskar Lafontaine den linkspopulistischen Schub bei Wagenknecht auslöste. Lafontaine appellierte wie heute die AfD an niedere Instinkte und Ängste, als der vor „Fremdarbeitern“ warnte, die aufgrund niedriger Löhne deutschen Familienvätern die Arbeitsplätze wegnähmen. Das ist das eine. Den Weg in den Populismus bereitete daneben ihre Kritik an Zockerbanken und Investmentfonds, die aus Wagenknechts Sicht keinen realwirtschaftlichen Nutzen haben. Der Finanzmarkt sei kein Markt, schreibt sie, „sondern ein im Zuge der Deregulierung legalisierter Großbetrug, der einer geschlossenen Gesellschaft von Insidern erlaubt, die Welt auszuplündern und

dabei steinreich zu werden, ohne jemals für den angerichteten Schaden haften zu müssen.“ Generell ist Wagenknecht Wertschöpfung ohne Arbeit – „Geld aus dem Nichts“, wie sie es nennt – höchst suspekt. Man darf daran erinnern, dass die junge AfD nur leicht zeitverzögert dasselbe Narrativ unters Volk brachte, ein Narrativ, das im Übrigen mit der Gegenüberstellung von „raffendem“ und „schaffendem“ Kapital auch ausgewiesene Antisemiten bedienen – dahingestellt, ob sich Wagenknecht, ganz gewiss keine Antisemitin, dessen bewusst war oder nicht. Das ist das andere. Diese doppelte Stimulanz – zum einen indirekt durch Lafontaine, zum anderen direkt aus der eigenen, linken Kapitalismuskritik stammend – bahnte den Weg in den Populismus zugunsten des in seiner Existenz bedrohten, ehrlichen Arbeiters.

Warum ist Wagenknecht in der Partei so unangefochten?

Als der linke Bundestagsabgeordnete Jan van Aken, ein Reformler, im vergangenen Jahr forderte, Sahra Wagenknecht möge als Fraktionsvorsitzende zurücktreten, unterstützten tausende Mitglieder die Solidaritätskampagne der Verbündeten Wagenknechts. Und obwohl es im Sommer 2016 wegen Wagenknechts Äußerungen zur Flüchtlingspolitik mächtig gekracht hatte – sie ist bis heute unangefochtene Co-Vorsitzende der Fraktion. Woher hat Wagenknecht ihre Hausmacht – und warum?

Ihre Hausmacht hatte sie schon immer – sie war allerdings unterschiedlich in der Partei verortet. Zu PDS-Zeiten ist ihr diese Hausmacht quasi natürlich zugewachsen. Es war die – im Gegensatz zur Führung – weitgehend rückwärtsgewandte, DDR-nostalgische Basis. Diese hatte ihren Einfluss in der Partei mehrfach bewiesen, indem sie auf Parteitage immer dann gegensteuerte, wenn der Kurs der Kapitäne allzu reformerisch ausfiel. Wagenknecht schürte diese Befindlichkeiten trefflich, so wie sie es heute versteht, Ressentiments zu schüren. Und die Basis dankte es ihr mit guten Ergebnissen bei den Wahlen zum Vorstand. Um zu verhindern, dass der Störenfried Wagenknecht nicht in das Spitzengremium gelangte, da musste schon Gregor Gysi ran und mit seinem Rücktritt drohen.

Heutzutage ist Wagenknechts Hausmacht eine andere – und das hat mit Sicherheit dazu beigetragen, dass sie eine DDR-Apologie nicht mehr nötig hat. Heute sieht sich die einstige Außenseiterin nicht ganz zu Unrecht in der Mitte der Partei angekommen – einer Partei allerdings, die sich gegenüber der PDS deutlich radikalisiert hat. Wagenknechts Aufstieg in der Linken zunächst zur stellvertretenden Parteivorsitzenden und dann zur Co-Chefin der Fraktion – das hätten die Reformer in der PDS niemalzugelassen. Wagenknechts Karriere ist insofern symptomatisch für Kräfteverhältnisse in der Linken. Gysi verhinderte 2011 zwar noch das Aufrücken Sahra Wagenknechts zu seiner Co-Vorsitzenden in der Fraktion. Doch zwischenzeitlich hatte er sich selbst – ebenso wie Wagenknecht – als „Zentrist“, also nicht mehr als „Reformer“ eingeordnet. Da hat Gysi wohl aus der Not eine Tugend gemacht, denn in der Linken, gerade unter der Ära des Übervaters Oskar Lafontaine, büßten die Reformer ihre Vormachtstellung ein – und zwar sowohl programmatisch als auch personell.

Die an der Arbeiterklasse orientierten Leute aus der WASG schwenkten auf Gegenkurs zu den Reformern und solidarisierten sich mit den radikalen Linken der Partei im Westen und den Traditionskommunisten im Osten. Diese Phalanx rückte nun in die Führungsgremien der Partei auf. Sahra Wagenknecht etablierte sich zu einer der Wortführerin dieses Lages und wurde nach dem Rückzug Lafontaines dessen neue Hoffnungsträgerin, und später – nach dem Rückzug Gysis – der ganzen Partei. Sie, nicht die blassen Vorsitzenden, gibt heute der Partei ohne Gysi und ohne Lafontaine ein Gesicht. Sie trägt mit ihrer Eloquenz und ihrem smarten Auftreten wesentlich zur Popularisierung der Linken bei.

In der Bundestagsfraktion zählt Wagenknecht zu der einflussreichen Bastion außenpolitischer Hardliner. Und sie gehörte noch viele Jahre nach der Fusion – längst zur Populistin mutiert – zur Führungsgruppe der linksradikalen, kommunistisch geprägten „Antikapitalistischen Linken“ – das waren anfangs die Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch und Ulla Jelpke. Zwar fiel Wagenknecht nicht wie einige ihrer Kollegen durch antizionistische Äußerungen und dezidierte Parteinahme für das Assad-Regime, den Iran oder die Hamas auf; dazu ist Wagenknecht zu gewieft. Aber ihr Vergleich des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan mit dem islamistischen Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo –

beides habe unschuldige Opfer gefordert – wurde von den Reformern scharf kritisiert. Eine solche Relativierung und Aufrechnung ist übrigens typisch für Wagenknechts Argumentationen. Damit kann man die eigenen Positionen gut schönreden.

Ist Sahra Wagenknecht noch links?

Wagenknecht reiht sich ein in die Riege der linken Abgeordneten, die etwa wie Diether Dehm eine Lanze für den Nationalstaat brechen – vermeintlich eine klassisch rechte Einstellung, die die AfD gerade versucht neu zu definieren. Transnationale Organisationen, so die Argumentation in der Linken, verhinderten den Kampf gegen „Abhängigkeit und Ausbeutung und Rassismus. Diesem – sekundären – Nationalismus hängt auch Sahra Wagenknecht an. In ihrem neuesten Buch *Reichtum ohne Gier* argumentiert sie: Staatliche Unterstützung für Rentner und Arbeitslose, Sozial- und Umweltstandards, all das lasse sich bei weitem besser im Nationalstaat organisieren, während die Europäisierung und Globalisierung immer nur den Konzernen in die Hände spiele, die vom Verbilligungswettbewerb der Lohn- und Sozialkosten zu Lasten der Arbeitnehmer profitierten. Der Vertrag von Lissabon, schrieb Wagenknecht an anderer Stelle, sei Ursache für Marktradikalismus und Krieg.

In der Ablehnung der EU und der gemeinsamen Währung dockt die Linke Wagenknecht nahtlos bei den Rechten der AfD an. Doch ihre Motive sind klassisch links: Gründung von „Gemeinwohlunternehmen“ in denjenigen Sektoren, die für ein Spiel der freien Marktkräfte ungeeignet sind, straffe Regulierung des Finanzsektors mit Einführung der „Gemeinwohlbank“ nach dem Sparkassen- und Genossenschaftsmodell usw. Auch in anderen zentralen Forderungen unterscheiden sich Wagenknecht und die AfD diametral. Diese fordert die Abschaffung der Erbschaftsteuer, und die Nicht-Wiedereinführung der Vermögensteuer – beides für die Linke und für Sahra Wagenknecht Positionen des feindlichen neoliberalen Lagers. Wenn sie sich in dem *Stern*-Interview von der AfD abgrenzt, weil sie Sozialabbau und Rentenkürzungen propagiere, muss man ihr das glauben. Eine

gemeinsame Aktion von Rechts- und Linkspopulisten wird unter diesen Voraussetzungen sicherlich nicht zustande kommen.

Aber: Das eigentliche Problem ist nicht eine gemeinsame Aktion, das eigentliche Problem ist das *indirekte* Zusammenwirken der Populisten – bei dem die Rechts-Links-Unterscheidung eben *überhaupt* keine Rolle spielt. Der Populismus – man kann auch gut sagen: Extremismus –, so wie er uns in Gestalt der Linken und der AfD begegnet, hat einen gemeinsamen Kern: Antiamerikanismus (in den Sahra Wagenknecht im Gegensatz zur AfD den derzeitigen US-Präsidenten einbezieht), das Kappen der Westbindung bei gleichzeitigem Knüpfen einer Ostbindung und schließlich die Umdeutung von Begriffen wie Freiheit, Demokratie oder Menschenrechte. Das alles hat in der Linken und auch in der extremen Rechten eine lange Tradition und wird heute in der AfD wieder aufgegriffen. In der Ablehnung liberaler, westlicher Werte und der Bevorzugung autoritärer Staatsmodelle gehen Links und Rechts eine gefährliche Melange ein.

Rudolf van Hüllen hat einmal über das Verhältnis der Linken zu Russland [geschrieben](#): „Im Handeln ihrer Partei- und Fraktionsspitze werden die antagonistischen Widersprüche, die das Putin-Regime zu ‚linken‘ Werten einnimmt, derartig vollständig ausgeblendet, dass es für die Existenz eines authentischen ‚linken‘ Weltbildes im Sinne aufklärerischen Denkens nicht mehr die geringsten Anhaltspunkte gibt.“ Autoritäre Staatsmodelle bilden den Resonanzboden des modernen Populismus von links *und* rechts, dessen strategisches Ziel es offenkundig ist, den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren.

Ist Wagenknechts Kurs strategisch klug?

Jahrzehntelang profitierte die Ostpartei Die Linke (wie ihre Vorgängerin PDS) von besonderen Verhältnissen in den neuen Bundesländern. Antiliberalismus, Antiamerikanismus, Antiparlamentarismus – diese Attitüden sitzen in der Teilgesellschaft Ost auch 26 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung tief. Sie

bilden den Humus, auf dem einst die Wahlerfolge der Linken keimten. Der Flugsand der Protestwähler hatte der Partei beizeiten 20 Prozent beschert, um sich schnell wieder dorthin zu verflüchtigen, wo er hauptsächlich herkam: nämlich ins Lager der Nichtwähler. Eine populistische Alternative in der Stärke der AfD gab es damals noch nicht.

Um diese Stimmen der Frustrierten tobt nun der Kampf mit der AfD. Man fischt in demselben Teich antiwestlicher Ressentiments, die ihr Ventil in den Extremen suchen. Einer [Studie des DIW](#) zufolge gelingt es der AfD immer besser, ehemalige Nichtwähler zu gewinnen. Demgegenüber muss sich die Linke mit Stimmanteilen begnügen, die nur wenig über den harten, SED-sozialisierten Wählerkern hinausgehen. Wenn man sich die Wählerwanderungsbilanzen der letzten Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern anschaut, bekommt man ein Bild von dem Dilemma, in dem die Linke steckt: In Berlin wanderten 2016 netto 12.000 vormalige Linkswähler direkt zur AfD, in Mecklenburg-Vorpommern waren es in der Bilanz 16.000. Das ist kein Pappentier.

Mit der unerwarteten Konkurrenz von rechtsaußen ist die Linke überfordert. Strategiepapiere wurden herumgereicht, während die Partei hilflos zusah, wie jetzt andere mit ihrem Rezept punkten, sich als radikale Alternative zu den „Systemparteien“ darzustellen. Die Linke hat 2016 eine Linie im Umgang mit der AfD festgelegt. In dem Strategiepapier zur Bundestagswahl im Herbst 2017 wird die AfD als Gegner bezeichnet – im Gegensatz etwa zur SPD, die lediglich als „Konkurrentin“ firmiert. Man unterscheidet ein gutes linkes von einem bösen rechten Lager, zu dem auch die Unionsparteien gehören. Die Passage zur AfD ist es wert zitiert zu werden:

„Die zunehmende gesellschaftliche Polarisierung führt auch zu einer Polarisierung im Parteiensystem: Hier bilden einerseits DIE LINKE, andererseits die AfD die Pole. Weil sich die Parteien selbst politisch so definieren und weil sich ihre jeweiligen Anhängerschaften selbst so einordnen. Die AfD wird inzwischen klar von jenen Kräften bestimmt, die sie zu einer rassistischen, rechtspopulistischen, nationalistisch-völkischen, marktradikalen, antidemokratischen, antifeministischen und homophoben Partei geformt haben. Die AfD will – kurz gesagt – ungarische Verhältnisse, eine Orbánisierung der Bundesrepublik. Mittlerweile arbeiten in der AfD

Nationalkonservative auch mit Rechtsradikalen und Neofaschisten Hand in Hand. Der neofaschistische Flügel wird stärker, mancherorts ist die AfD sogar zum Zentrum der extremen Rechten geworden.“

Da steht viel Wahres drin: Die Beschreibung des inneren Zustandes der AfD ist richtig. Dass die Partei ungarische Verhältnisse anstrebt, stimmt auch. Die Feststellung ist aber mit Blick auf die Putin-Apologie der Linken nicht ehrlich. Völlig verkannt oder ausgeblendet wird freilich, dass ein Gutteil der Protestwähler offenkundig weniger darauf geben, ob eine Partei links oder rechts ist – andernfalls gäbe es nicht so viele direkte Wechsel von der Linken zur AfD. Dabei bedienen beide Parteien unterschiedliche Zielgruppen: Die AfD möchte auch den saturierten, aber von Abstiegsängsten geplagten Mittelstand für sich gewinnen. Die Linke dagegen fokussiert sich ausschließlich auf Arbeiter, Arbeitslose und Menschen, die prekären sozialen Verhältnissen leben. Trotzdem waren 50 Prozent der AfD-Wähler bei der Berlin-Wahl Arbeiter und Arbeitslose, ein Wert, an den die Linke bei weitem nicht herankam. Wahlanalysen zeigen auch, dass bei den Berlin-Wahlen die Flüchtlingsthematik mit 69 Prozent das entscheidende Motiv für einen Wechsel von der Linken zur AfD war. Entweder ist die – ich sage mal – flüchtlingskritische Einstellung kein Privileg der Rechten. Oder – falls doch – haben eine Menge Wähler früher für die Linke gestimmt, die eigentlich rechts eingestellt waren.

Wie dem auch sei, die Linke hat auf keinen dieser Sachverhalte eine adäquate Antwort. Die AfD schon: In ihrem vertraulichen Strategiepapier steht: „Die Linkspartei ist nicht nur ein politischer Gegner, sondern auch ein direkter Konkurrent der AfD zum Wählerstimmen. Im Osten Deutschlands [...] stehen AfD und Linkspartei im direkten Wettbewerb um Wählerstimmen aus dem Kleinbürgertum, der Arbeiterschaft und dem Prekariat. Dort ist man patriotisch, hält nichts von offenen Grenzen [...] und sehnt sich nach sozialer Gerechtigkeit, aber nur für deutsche Staatsbürger [...].“ Ohne das im einzelnen zu bewerten, scheint die Strategie der AfD doch wesentlich realistischer zu sein als die der Linken. Sollte das, was die AfD schreibt, so stimmen hätte die Linke ihr Protestpotential – von der „sozialen Gerechtigkeit“ einmal abgesehen – jahrzehntelang falsch eingeschätzt. Und das Nichtwählerlager, aus dem sich die AfD kräftig bedient, wird der Linken wohl weitgehend verschlossen

bleiben. Die reine Abgrenzung der Linken zur AfD ist zwar politisch verständlich, sie bringt die Protestwähler aber nicht zurück.

Sahra Wagenknecht hat das verstanden. Ihr Versuch, der AfD Wähler abspenstig zu machen ist – immanent betrachtet – logisch und nachvollziehbar. Ja: Wagenknecht will die AfD mit den eigenen Waffen schlagen, nämlich ein gesellschaftlich virales Thema konsequent populistisch auszuschlachten, wobei eine bestimmte politische Generallinie zunächst keine große Rolle spielt. Natürlich: Jede Konjunktur vergeht – so war es mit dem weniger zugkräftigen Anti-Euro-Kampf, den Populisten von links und rechts gemeinsam führten. Und so wird es irgendwann einmal auch mit den Flüchtlingen sein. Von Entwarnung kann allerdings keine Rede sein: Denn zusammen – auch wenn sie sich voneinander abgrenzen – werden Linke und AfD das Protestpotential stärker ausschöpfen und damit die undemokratischen Ränder des politischen Spektrums stärken.

.....